

Kopenhagen: Erfolgreiche Schweizer Klimapolitik weiterverfolgen

dossierpolitik

4. Dezember 2009

Nummer 29

Klimagipfel Kopenhagen Praktisch alle Länder sind sich einig, dass der Ausstoss von Treibhausgasen gedrosselt werden muss. Trotzdem fällt es schwer, eine gemeinsame Lösung für dieses globale Problem zu finden. Diesen Monat wird in Kopenhagen über ein neues Klimaabkommen diskutiert. Der Abschluss des Abkommens dürfte noch langwierige Verhandlungen nach sich ziehen. Das neue Vertragswerk soll das Kyoto-Abkommen von 1997 ablösen sowie den Rahmen für die künftige Klimapolitik der Schweiz vorgeben. Die in der Schweiz eingeführte Regelung zur Reduktion des CO₂-Ausstosses hat sich bewährt. Die Emissionen sinken und die Schweiz gehört zu den Industrieländern mit dem geringsten Treibhausgasausstoss pro Bewohner oder pro BIP-Franken. Jetzt, da die Revision unseres CO₂-Gesetzes ansteht, sind zwei sehr unterschiedliche Projekte im Rennen. Die Klima-Initiative will die schweizerischen Emissionen bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 um 30 Prozent verringern. Das ambitionöse Ziel würde jedoch eine stark dirigistische und kostspielige Politik voraussetzen. Die Vorlage des Bundesrats hingegen geht von einer Reduktion um 20 Prozent aus – ehrgeizig, aber realistisch.

Position economiessuisse

► Um den Klimawandel in den Griff zu bekommen, braucht es eine globale Lösung. Die Schweiz muss einen Beitrag leisten und ihre Politik in den Rahmen der internationalen Klimaabkommen stellen. So lange dieser Rahmen nicht feststeht, ist es für gesetzgeberische Massnahmen zu früh.

► Die Schweiz beweist, dass es möglich ist, Wirtschaftsentwicklung und Klimaschutz zu vereinbaren. Sie muss sich künftig weiter realistische Ziele stecken, die ihre wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit erhalten. Dies gewährleistet die Glaubwürdigkeit gegenüber den anderen Ländern und bedeutet, dass wir unsere Ziele mit effizienten Mitteln erreichen.

► Die Schweiz wird ihre heutigen Verpflichtungen hauptsächlich dank der freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft einhalten. Diese bisher erfolgreiche Politik soll weiterverfolgt werden. Der Entwurf des neuen CO₂-Gesetzes zielt jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Freiwillige Massnahmen werden nachrangig, die Unternehmen werden in eine Zwangsjacke gesteckt. Das Parlament soll zu den bewährten Lösungen zurückkehren.

Globales Problem – globale Lösung

► Fünf Länder und die EU erzeugen 71 Prozent aller Treibhausgase.

Emissionen von wenigen Ländern verursacht

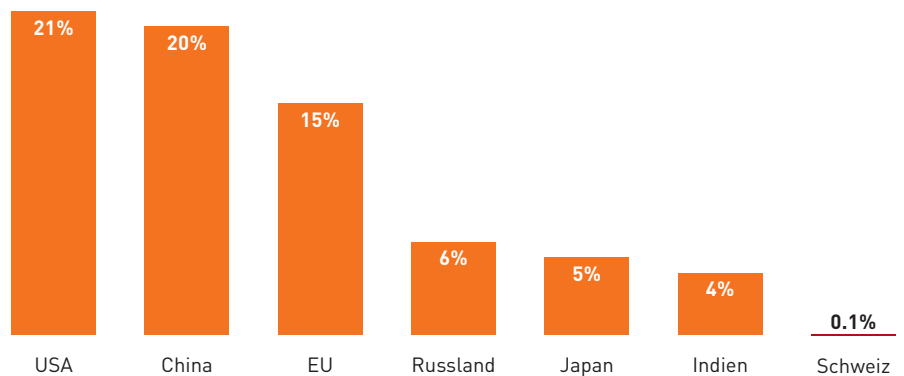
Das Problem der Treibhausgase betrifft den ganzen Planeten. Das Gros stammt jedoch von einigen wenigen Emittenten. Rund 71 Prozent der CO₂-Emissionen – das wichtigste Treibhausgas – fallen in den USA, China, der Europäischen Union, Russland, Indien und Japan an. Werden Kanada, Südkorea, Mexiko, Iran und Indonesien hinzugezählt, so beträgt der Anteil beinahe 80 Prozent. Nur eine Minderheit dieser Verursacher hat sich verpflichtet, die Emissionen zu begrenzen. Ein effizienter Klimaschutz in der Zukunft hängt aber von ihrer Beteiligung ab. Genau hier liegt ein grosses Problem in den aktuellen Klimaverhandlungen.

Grafik 1

► USA und China eindeutig vorne.

Grösste CO₂-Emittenten weltweit

Fünf Staaten und die EU verursachen 71 Prozent der globalen CO₂-Emissionen



Quelle: World Resources Institute, CAIT.

► Stromproduktion: Quelle Nr. 1.

Absehbarer Anstieg der Emissionen

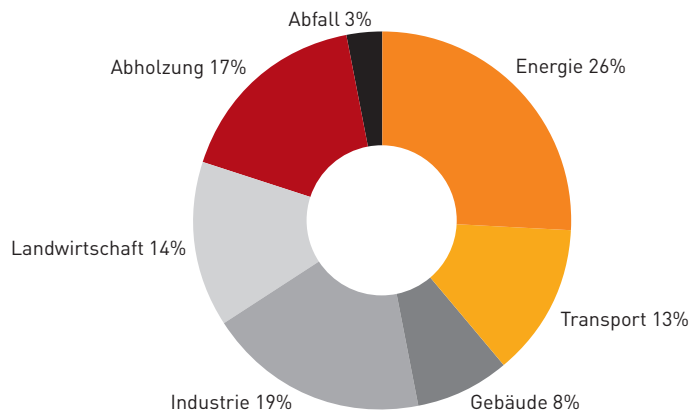
Über die Hälfte der Emissionen entsteht beim Verbrauch von Kohle, Gas oder Erdöl. Die fossilen Brennstoffe werden grösstenteils zur Stromerzeugung genutzt. Wegen der stark steigenden Stromnachfrage, der zunehmenden Industrialisierung und des wachsenden Fahrzeugaufkommens in den Entwicklungsländern steht fest, dass die Treibhausgasemissionen weiter anschwellen werden. Laut Schätzungen des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (IPCC) dürften bis ins Jahr 2030 jährlich zusätzlich zehn bis 36 Milliarden Tonnen ausgestossen werden. Bis zu 75 Prozent des Anstiegs, so die Wissenschaftler, sind allein den Entwicklungs- und Schwellenländern zuzuschreiben.¹ Die steigende Tendenz festigt sich, weil die Emissionen seit den 1990er-Jahren drastisch zugenommen haben.

¹ Quelle: Roth & IPCC.

Grafik 2

► Energie, Verkehr und Industrie verursachen knapp sechzig Prozent der globalen Treibhausgasemissionen.

Emissionsquellen auf globaler Ebene



Quelle: IPCC, 2007.

► Emissionen pro Bewohner: je nach Industrieland zwei- bis dreimal so gross.

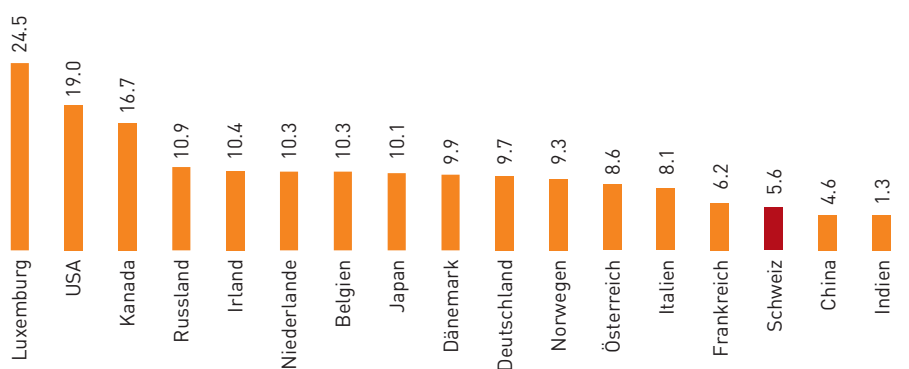
Der Vergleich der Menge an Treibhausgasemissionen stellt jedoch nur eine Facette des Problems dar. Andere Indikatoren zeigen, dass Länder bei vergleichbarem wirtschaftlichem Entwicklungsstand bisweilen eklatante Unterschiede in den Verhaltensmustern aufweisen. Die Schweiz ist insgesamt sehr gut aufgestellt. Ein Amerikaner produziert im Durchschnitt jährlich 20 Tonnen CO₂, ein Europäer zehn, ein Schweizer oder Franzose dagegen nur sechs Tonnen. Zudem gehört die Schweiz zu denjenigen Ländern, die für die Produktion von einem Franken BIP am wenigsten Energie verbrauchen und am wenigsten Treibhausgase ausstossen. Zum Teil hängt dies mit der starken Tertiärisierung zusammen, vor allem aber mit der praktisch CO₂-freien Stromproduktion und mit dem Verantwortungs- und Umweltbewusstsein der Schweiz.

Grafik 3

► Schweiz gut positioniert.

Schweiz im Klimaschutz international in Spitzenposition

Tiefe CO₂-Emissionen pro Kopf



CO₂-Emissionen 2006 pro Kopf, in kg pro Einwohner

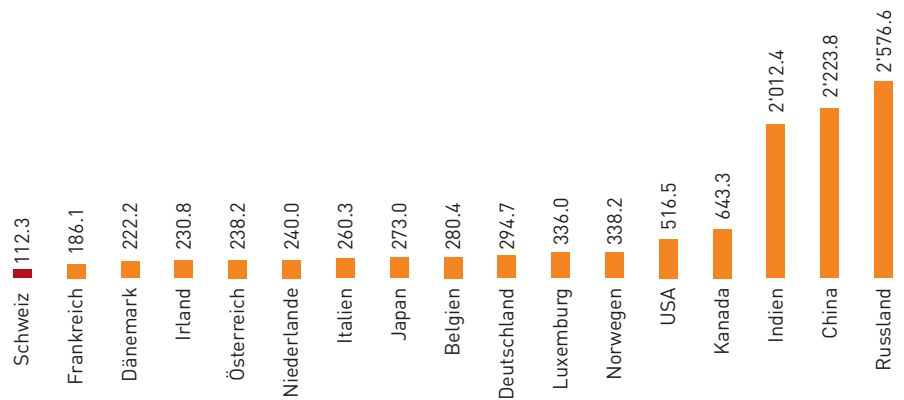
Quelle: Internationale Energie-Agentur, Oktober 2009.

Grafik 4

▶ Vorbildliche Schweizer Wirtschaft.

Schweiz: hohe Wertschöpfung trotz geringer Umweltbelastung

Tiefe CO₂-Emissionen pro Einheit des Bruttoinlandprodukts



CO₂-Emissionen 2006 pro Einheit Bruttoinlandprodukt, in Tonnen CO₂ pro 1000 US-Dollar Wertschöpfung

Quelle: Internationale Energie-Agentur, Oktober 2009.

Von Kyoto nach Kopenhagen – ein Weg voller Hindernisse

▶ Treibhausgase deutlich reduzieren.

Kyoto-Protokoll: ein erster Schritt

Die alarmierenden Prognosen zu den möglichen Konsequenzen des Klimawandels haben über 180 Länder veranlasst, das Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. Ziel ist die Reduktion der Treibhausgase der Industrieländer um durchschnittlich fünf Prozent gegenüber dem Stand von 1990 für den Zeitraum 2008 bis 2012. Nur rund 40 Industrieländer haben Reduktionsverpflichtungen übernommen. Drei der sechs weltweit grössten Verursacher – EU, Russland und Japan – haben sich Reduktionsziele gesteckt. Die Vereinigten Staaten haben die Ratifizierung des Protokolls abgelehnt und daher keine Emissionsreduktionsverpflichtungen übernommen.

▶ Interessante Mechanismen.

Die reduktionsverpflichteten Länder können ihre Ziele durch eine Verbindung von Emissionsreduktionen im In- und im Ausland erreichen. Das Kyoto-Protokoll führt dazu drei wesentliche Instrumente ein:

- ▶ Emissionsrechtehandel: Die beteiligten Länder kaufen und verkaufen Emissionsrechte, Emissionszertifikate werden zwischen Firmen gehandelt. Das System findet in der EU und in Teilen der Vereinigten Staaten statt.
- ▶ Gemeinsame Umsetzung (JI): Die Industrieländer finanzieren Projekte in anderen Industrieländern und lassen sich die erzielten Reduktionen anrechnen.
- ▶ Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (CDM): Der Mechanismus schafft Anreize für die Industrieländer, in die Entwicklungsländer zu investieren. Mitte 2008 waren über 1000 Projekte genehmigt worden, was einem Rückgang der Emissionen um über 200 Millionen Tonnen jährlich entspricht.

► Gemischte Ergebnisse.

Angesichts der bisher erzielten Ergebnisse scheint das Emissionsreduktionsziel von fünf Prozent bis 2012 ausser Reichweite zu liegen. Das Endresultat dürfte näher bei drei Prozent liegen. Vor allem die osteuropäischen Länder haben einen starken Emissionsrückgang erzielt. Seit dem Fall der Berliner Mauer wurden dort veraltete und stark verschmutzende Anlagen modernisiert. Diese Situation erwies sich auch für Deutschland als vorteilhaft.

Tabelle 1

► Nur wenige Länder senken ihre Emissionen.

Verlauf der Treibhausgasemissionen in einigen reduktionsverpflichteten Ländern und Ländergruppen, 1990 bis 2007

	Emissionen 1990 bis 2007 (gerundet)	Zielwert
Spanien*	+ 53,5%	+ 15%
Australien	+ 30%	+ 8%
Kanada	+ 26%	- 6%
USA*	+ 17%	- 7%
Österreich*	+ 13%	- 13%
Japan	+ 8%	- 6%
Italien*	+ 7%	- 7%
Schweiz	- 3%	- 8%
EU	- 4%	- 8%
Frankreich*	- 5%	0%
Deutschland*	- 21%	- 21%

*Das Ziel der EU-Länder entspricht der Lastenteilung unter den Mitgliedern. Die USA hatten sich zwar verpflichtet, haben aber das Abkommen nicht ratifiziert.

Quelle: UNFCCC, 2009.

► Gute Ausgangslage für ein Post-Kyoto-Abkommen.

Im Dezember 2007 begannen in Bali die Diskussionen zur Nachfolgeregelung von Kyoto, die Ende 2009 in Kopenhagen abgeschlossen werden sollten. Der Fahrplan von Bali sieht Folgendes vor:

- Festlegung eines globalen Emissionsreduktionsziels
- Nationale Reduktionsverpflichtungen für die Industrie- und für die Entwicklungsländer unter Berücksichtigung ihrer Besonderheiten
- Massnahmen zur Anpassung der Länder an den Klimawandel
- Massnahmen zur Förderung des Technologietransfers
- Massnahmen zur Erleichterung der Finanzierung der Emissionsreduktion und der Anpassung an den Klimawandel

► Fahrplan von Bali ist ein guter Ausgangspunkt.

Der Fahrplan von Bali ist ein guter Ausgangspunkt. Dass Verpflichtungen für alle Länder vereinbart werden sollen, stellt gegenüber dem Abkommen von Kyoto einen grossen Fortschritt dar. Zudem wird die Palette der Möglichkeiten zur Bekämpfung der verschiedenen Aspekte der globalen Erwärmung ausgeweitet. Besonders in den Bereichen Technologietransfer, Finanzierungs- und Versicherungsmechanismen könnten sich für die schweizerische Wirtschaft daraus verheissungsvolle Perspektiven erschliessen.

► Einigung in Kopenhagen problematisch.

Verhandlungen entscheidend für die neue Klimapolitik der Schweiz

Die Verhandlungen im Vorfeld des Klimagipfels deuten darauf hin, dass Kopenhagen wohl eher eine Etappe auf dem Weg zu einem neuen Abkommen als den eigentlichen Ausgangspunkt bilden wird. Die Europäische Union, ein grosser Emittent, hat ihre Absicht bekundet, die Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um 20 Prozent zu senken. Die Schweiz vertritt dieselbe Position. Die USA, China und Indien warten darauf, dass der andere den ersten Schritt wagt. Erschwerend kommt hinzu, dass die Entwicklungsländer von den Industriestaaten riesige Geldbeträge für die Finanzierung ihrer Anpassung an den Klimawandel und für die technologische Modernisierung verlangen. Die EU spricht von 100 Milliarden Euro jährlich, wovon rund die Hälfte von den Industrieländern bestritten würde. Zudem fordern die Entwicklungsländer einen Technologietransfer ohne Pflicht zur Achtung der geistigen Eigentumsrechte. Das neue Abkommen wird – unabhängig davon, wann es zustande kommt – eine wichtige Rolle spielen, weil es den Rahmen für unsere künftige Klimapolitik vorgeben wird.

Die schweizerische Politik ist erfolgreich

► Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Emissionen.

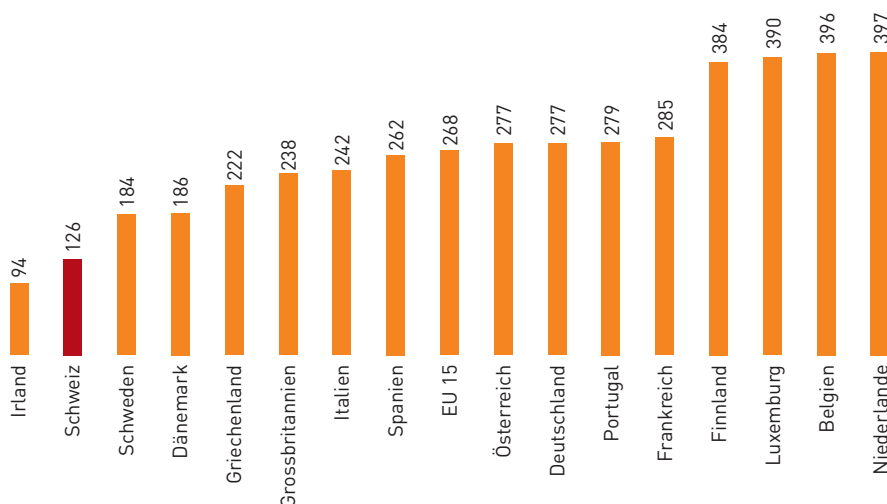
Spitzenposition

Die schweizerischen Treibhausgasemissionen sind zwischen 1990 und 2007 um beinahe drei Prozent gesunken. Damit nimmt die Schweiz unter den Industrieländern eine beneidenswerte Position ein. Die Wirtschaft trägt wesentlich zu diesem guten Resultat bei. Das reale BIP ist von 1990 bis 2007 um knapp 30 Prozent gewachsen, es fand also eine Entkoppelung von Wachstum und Umweltbelastung statt. Die schweizerische Industrie zählt sogar zu den leistungsstärksten in Europa. Ihr CO₂-Ausstoss pro Euro Wertschöpfung ist nur etwa halb so hoch wie der europäische Mittelwert.

Grafik 5

► Emissionen der Schweizer Industrie: halb so viel wie der europäische Durchschnitt.

Industriesektor: CO₂-Emissionen (kg) pro Euro Wertschöpfung, 2004 (ohne Sektor Energieerzeugung)



Emissionen pro Euro Wertschöpfung im Industriesektor im Jahr 2004 (ohne Energieerzeugung) [gCO₂/Euro]

Quelle: BSS Volkswirtschaftliche Beratung 2007.

► Gute Bilanz der Schweiz.

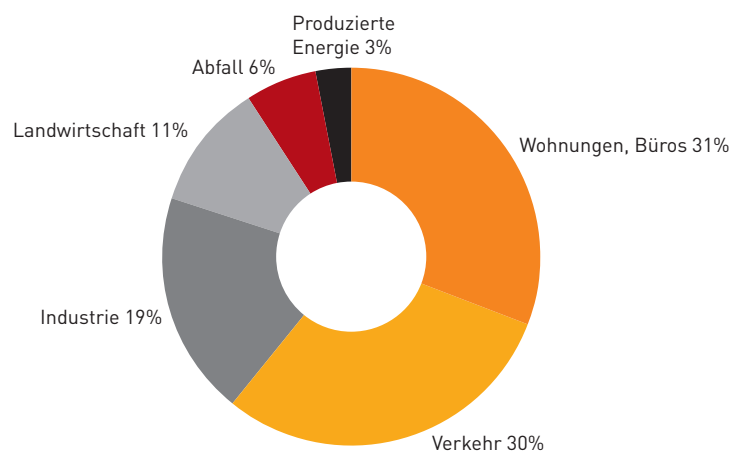
Ehrgeiziges Ziel

Die Schweiz hat sich im gemeinsamen Kampf gegen die Treibhausgase vorgenommen, die Emissionen bis 2012 um vier Millionen Tonnen jährlich zu verringern. Dies entspricht acht Prozent der schweizerischen Emissionen im Jahr 1990, d.h. dem Referenzjahr für das Kyoto-Abkommen. Gemäss der Verordnung des Bundesrats lässt sich das Ziel zur Hälfte durch in der Schweiz erzielte Reduktionen erreichen, zu denen Reduktionen im Ausland hinzukommen können. Diese Aufteilung entspricht den einschlägigen internationalen Regeln. Angesichts der bereits sehr guten Bilanz der Schweiz erscheint dieses Ziel ehrgeizig. Es entspricht der Zielvorgabe der Europäischen Union, die die Last auf alle ihre Mitglieder aufteilt.

Grafik 6

► Auf Gebäude und Verkehr entfallen je ein Drittel der schweizerischen Emissionen.

Quellen von Treibhausgasemissionen



Quelle: Vernehmlassung zum Revisionsentwurf des CO₂-Gesetzes.

► CO₂-Gesetz nimmt einen zentralen Platz ein.

Freiwillige Massnahmen haben Vorrang

Die schweizerische Klimapolitik setzt sich wie ein Puzzle zusammen, in dem das CO₂-Gesetz einen zentralen Platz einnimmt. Das CO₂-Gesetz sieht eine Emissionsverringerung um zehn Prozent gegenüber 1990 vor. Die Messlatte wird höher gelegt, als es die internationale Verpflichtung der Schweiz vorschreibt: Das Gesetz fokussiert sich auf CO₂, das 80 Prozent der schweizerischen Treibhausgase ausmacht. Die Ziele müssen vorrangig durch freiwillige Massnahmen in der Energie-, Verkehrs- und Umweltpolitik erreicht werden. Falls notwendig, kann eine CO₂-Abgabe erhoben werden. Dies ist seit dem 1. Januar 2009 für Brennstoff der Fall; 2010 wird der Abgabesatz 36 Franken pro Tonne, d.h. etwa neun Rappen pro Liter Heizöl, betragen. Unternehmen, die sich auf eine Begrenzung ihrer Emissionen verpflichten, können von der Abgabe befreit werden.

Ursprünglich sollten die Einnahmen aus der Abgabe vollumfänglich an die Haushalte und die Unternehmen zurückverteilt werden. Das Parlament hat jedoch beschlossen, 200 Millionen Franken jährlich für die Gebäudesanierung aufzuwenden. Im Grunde handelt es sich um eine Erhöhung der Steuerlast und um eine neue Subvention mit kontroversen Auswirkungen.

Die Wirtschaft leistet einen entscheidenden Beitrag

Laut dem Bundesrat und dem Bundesamt für Umwelt wird die Schweiz ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen einhalten. Die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft spielen dabei eine Schlüsselrolle.

Die **Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW)** hat sich in einer Vereinbarung mit dem Bund auf die Senkung der Emissionen der Unternehmen verpflichtet. Die EnAW unterstützt die rund 2000 Mitgliedsunternehmen bei der Reduktion ihrer Emissionen und der Begrenzung ihres Energieverbrauchs. Die bisherigen Ergebnisse haben die Erwartungen bei weitem übertroffen. Die Zielvorgaben für 2012 sind bereits deutlich überschritten worden. Das Reduktionsvolumen der Mitgliedsunternehmen der EnAW wird auf rund 800'000 Tonnen jährlich geschätzt; rund ein Drittel ist direkt auf die Massnahmen der Agentur zurückzuführen.

Die **Zementindustrie** hat sich im Rahmen einer Branchenvereinbarung mit dem Bund zu einer Reduktion von jährlich 1,7 Millionen Tonnen CO₂ verpflichtet. Nebst den betrieblichen Massnahmen beinhaltet diese Verpflichtung auch die prozessbedingten sogenannten geogenen CO₂-Emissionen.

Der **Klimarappen** trägt zur Minderung der Emissionen aus dem Verkehrssektor bei. Die Abgabe von 1,5 Rappen pro Liter Treibstoff fliesst in einen Fonds, aus dem Emissionsreduktionen in der Schweiz und im Ausland finanziert werden. Die Stiftung Klimarappen hat sich beim Bund verpflichtet, die schweizerischen Reduktionsvorgaben zur Hälfte abzudecken. Laut den Erfahrungswerten der Stiftung kostet der Abbau einer Tonne CO₂ in der Schweiz in einem Unternehmen 100 Franken pro Tonne, für Gebäude 650 Franken pro Tonne. Im Ausland liegt der Preis bei etwa 25 Franken. Ein investierter Franken löst in der Schweiz also deutlich weniger Reduktionen aus als im Ausland. Die Schweiz sollte auf beide Karten setzen, um ihren Beitrag an die globalen Emissionsreduktionen zu optimieren.

Tabelle 2

► Die Schweiz ist bei den Kyoto-Verpflichtungen auf Zielkurs.

Bedingungen für die Einhaltung der schweizerischen Verpflichtungen

Maximale Emissionen in der Schweiz	51,2 Millionen Tonnen
- CO ₂ -Zertifikate (Klimarappen)	- 2,0 Millionen Tonnen
- Wirkung der CO ₂ -Senken	- 0,7 Millionen Tonnen
= Kyoto-Zielvorgabe 2008 bis 2012	48,5 Millionen Tonnen

Quelle: Bundesamt für Umwelt, 2009.

► Unterschiedliche Massnahmen geplant.

Breite Palette von Unterstützungsmassnahmen

Neben dem CO₂-Gesetz ist unlängst ein langer Katalog von Massnahmen eingeführt worden bzw. wird derzeit geplant. Diese Massnahmen sollen in den nächsten Jahren zur Verringerung der Treibhausgasemissionen und des Energieverbrauchs beitragen. Unter anderem sind der laufende Ausbau des öffentlichen Verkehrs, die LSVA, das Bundesprogramm Energieeffizienz, die Annahme von strikten kantonalen Normen für Neubauten sowie die laufende Revision der kantonalen Energiegesetze zu nennen.

Zukunftsweisende Entscheidung

▶ Volksinitiative eingereicht.

Der Bundesrat hat ein neues CO₂-Gesetz in die Wege geleitet, welches das aktuelle Gesetz ablösen soll. Vor diesem Hintergrund schlägt die Klima-Allianz eine viel ambitioniertere Alternative in Form einer Volksinitiative vor. Das Volk wird zwischen den entgegengesetzten Optionen entscheiden müssen.

▶ Mindestens 40 Rappen mehr auf Benzin und Diesel.

Klima-Initiative: ineffektiver Klima-Nationalismus

Ein Bündnis aus Vertretern der Umweltkreise und der Linken hat im Februar 2008 die «Klima-Initiative» eingereicht. Die Initiative fordert eine Abnahme der schweizerischen CO₂-Emissionen bis 2020 um mindestens 30 Prozent gegenüber 1990. Mit anderen Worten sollten in knapp zehn Jahren mehr als die gesamten Emissionen aus dem Strassenverkehr oder dem Heizen der Haushalte abgebaut werden. Um ein derart hochfliegendes Ziel zu erreichen, wären drastische Massnahmen vonnöten. Laut einer vom Bund bestellten ökonomischen Studie müsste die CO₂-Abgabe zwischen 162 und 275 Franken pro Tonne CO₂ betragen, d.h. mindestens viermal mehr als die heutige Abgabe,¹ was rund 40 Rappen pro Liter Benzin oder Diesel entspricht. Die negativen Auswirkungen auf das BIP wären beträchtlich. Praktisch alle Wirtschaftszweige würden getroffen. Die besonders «energiefressenden» Branchen wären dem Untergang bestimmt. Für marginale Auswirkungen auf das Weltklima müsste also ein sehr hoher Preis bezahlt werden.

▶ Ehrgeiziges, aber erreichbares Ziel.

Neues CO₂-Gesetz: Die freiwilligen Massnahmen sind weiterzuführen

Der Bundesrat schlägt als Gegenentwurf zur Klima-Initiative ein neues CO₂-Gesetz vor. Ziel der Vorlage ist es, bis ins Jahr 2020 den Ausstoss gegenüber dem Jahr 1990 um 20 Prozent zu senken. Wenn die grössten globalen Emittenten mitziehen, könnte die Zielmarke auf 30 Prozent angehoben werden. In beiden Fällen würden die Reduktionen hauptsächlich in der Schweiz und nur teilweise im Ausland stattfinden. Die Brennstoffabgabe würde bei 36 Franken pro Tonne CO₂ bleiben, könnte aber stufenweise bis 120 Franken pro Tonne ansteigen, um die Zielvorgabe zu erreichen. Bei Bedarf möchte der Bundesrat auch eine Treibstoffabgabe einführen. Die Treibstoffimporteure müssten mindestens ein Viertel der treibstoffbedingten Emissionen kompensieren. Im Grunde wird damit der Klimarappen in das Gesetz übernommen. Als Weiteres sollen die Emissionen von neu zugelassenen Fahrzeugen gesenkt werden. Der Bundesrat sieht hierzu eine Regelung vor, die derjenigen der EU ähnlich ist, aber bezüglich Strafzahlung viel weiter geht. Für Unternehmen mit hohem Schadstoffausstoss würde ein Emissionsbegrenzungs- und Emissionshandelssystem – ähnlich wie in der Europäischen Union – vorgeschrieben. Andere Unternehmen, die ein bestimmtes Emissionsvolumen überschreiten, können sich diesem System auch anschliessen. Die übrigen Unternehmen würden von der Abgabe befreit, sofern sie sich beim Bund auf eine Senkung ihrer Emissionen verpflichten. Der Zwang zum Anschluss an des Emissionshandelssystem würde jedoch das Bestehen der Energie-Agentur der Wirtschaft zu einem guten Teil in Frage stellen. Schliesslich würden dem Bund zusätzliche Befugnisse eingeräumt, um die Massnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu koordinieren und die Forschung und Ausbildung zu fördern.

¹ Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Schweizer Post-Kyoto-Politik, ECOPLAN, 2009.

► Klima-Initiative abkoppeln, die Resultate der internationalen Klimaverhandlungen einbeziehen.

Die bevorstehende Klimakonferenz in Kopenhagen wird wegen fundamentaler Differenzen bestenfalls den Weg zu einem Abkommen in den nächsten ein bis zwei Jahren weisen. Um so wichtiger ist, dass sich die Schweiz bis 2020 realistische und erreichbare Ziele setzt, wie dies der Bundesrat im Rahmen der Revision des CO₂-Gesetzes festgelegt hat. Wegen der nur langsam voranschreitenden internationalen Klimaverhandlungen ist eine Entkoppelung der Gesetzesrevision von der Volksinitiative «für ein gesundes Klima» unbedingt nötig. Ansonsten riskiert die Schweiz wieder einen unnötigen klimapolitischen Alleingang. Die bisher erfolgreiche Klimapolitik muss weitergeführt werden. Dafür braucht es mehr Zeit für die parlamentarische Beratung und es braucht konkrete Resultate der internationalen Verhandlungen nach der Konferenz von Kopenhagen. Ein überstürzter Gegenvorschlag zur Klima-Initiative würde die schweizerische Klimapolitik nicht voranbringen.

Priorität für eine globale und effiziente Lösung: Wirtschaft muss wettbewerbsfähig bleiben

► Klimawandel ist ein globales Problem.

Globale Sicht behalten

Der Klimawandel ist ein globales Problem und erfordert eine globale Lösung. Ein Alleingang der Schweiz würde das Klima nur marginal beeinflussen, hätte aber möglicherweise gravierende wirtschaftliche Konsequenzen für unser Land. Heute sind Verhandlungen zu einem neuen internationalen Emissionsreduktionsabkommen im Gange. Diesbezügliche Anforderungen an die Schweiz sowie der verfügbare Massnahmenkatalog werden den Rahmen unserer Klimapolitik abstecken. Es wäre kontraproduktiv, gesetzgeberisch tätig zu werden, bevor dieser Rahmen steht. Zudem muss die Schweiz weiterhin inländische Massnahmen mit Massnahmen im Ausland kombinieren können. Dieser Mix steigert unseren Beitrag an die Bekämpfung des Klimawandels und hält die Kosten auf einem ökonomisch tragbaren Niveau.

► Wettbewerbsfähigkeit muss gewahrt bleiben.

Realistische Ziele setzen, effiziente Massnahmen verfolgen

Ziele und Tempo der Reduktion sollen auf einem realistischen Niveau angesiedelt werden, damit unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gewahrt bleibt. Die Schweiz kann es sich gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft nicht leisten, Verpflichtungen zu übernehmen, die sie gar nicht erfüllen kann. Die Zielvorgabe des Bundesrats für 2020 erscheint in dieser Hinsicht ehrgeizig, aber machbar. Um noch weiter zu gehen, müsste eine sehr einschneidende Politik mit sehr hohen Abgaben verfolgt werden. Die Schweiz kann politisch und wirtschaftlich gesehen die Preise für Energie oder für eine Tonne CO₂ nicht losgelöst vom Preisniveau der Nachbarländer und der Weltmärkte festlegen. Damit würde sie sich ins eigene Fleisch schneiden. Es ist besser, die heutige Politik weiterzuverfolgen, die ohne grosse Nachteile für die Wirtschaft zum Ziel führt. Diese Politik muss dem Gesetz zugrunde liegen, welches das geltende CO₂-Gesetz ablösen wird. Dazu müssen insbesondere die freiwilligen Massnahmen Vorrang erhalten. Die Unternehmen müssen dazu über genügend Freiraum verfügen. Die Energie-Agentur der Wirtschaft und der Klimarappen, deren Leistungen alle Erwartungen übertroffen haben, müssen erhalten bleiben. Es ist zu begrüßen, dass der Bundesrat diesen Weg weiterverfolgen will.

► Wirtschaftswachstum und Emissionsreduktion schliessen einander nicht aus.

Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum erhalten

Die schweizerischen Unternehmen haben gezeigt, dass Wirtschaftswachstum und Emissionsreduktion einander nicht ausschliessen. Die Ziele des Bundes wurden sogar übertroffen. Deshalb ist schwer einsehbar, weshalb der Bundesrat die Grossunternehmen in ein Emissionszertifikate-Handelssystem nach europäischem Muster einbinden möchte. Der Durchschnitt ihrer Emissionen zwischen 2008 und 2012 würde als Basiswert für die Bestimmung der anfänglichen Emissionsobergrenze dienen, die anschliessend jedes Jahr linear verringert würde. Dieser Ausgangspunkt ist besonders ungünstig, weil er die bisher geleisteten grossen Anstrengungen ausser acht lässt und überdies in einen Rezessionszeitraum fällt. Wenn der Aufschwung kommt, werden die Unternehmen durch den Emissionsplafond gefesselt und müssen das Wachstum teuer erkaufen. Die Wirtschaft unterstützt das Ziel der Vereinbarkeit zwischen europäischen und schweizerischen Emissionszertifikaten, aber dafür braucht das gemeinschaftliche System nicht übernommen zu werden. Die Wirtschaft hat hierzu konkrete Pläne, um einen optionalen und freiwilligen Anschluss der Unternehmen an das EU-Handelssystem zu ermöglichen. Unternehmen, die am System teilnehmen wollen, können dies tun. Umgekehrt können sich Unternehmen, die kein Interesse an einer Teilnahme im europäischen Raum haben, sich auf den Handel in der Schweiz beschränken. Die Gesetzesrevision wäre auch eine Gelegenheit, um die Umverteilung der Abgabe zu korrigieren, die Industrieunternehmen und Gewerbe zugunsten der Dienstleistungsunternehmen benachteiligt.

► Schwellenländer wären die Leidtragenden.

Keine protektionistischen Schranken mit Klimaschutzalibi

In Ermangelung eines Klimaabkommens wird in den Vereinigten Staaten und in Europa immer mehr auf Abgaben auf Produkte aus Ländern, die nicht genug für den Klimaschutz leisten, gedrängt. Dahinter verbergen sich jedoch protektionistische Bestrebungen. Die Schwellenländer wären die Leidtragenden und würden die Motivation, den Klimaschutz mitzutragen, völlig verlieren. Die Schweiz muss solche Vorstösse energisch abwehren. Ein Land, das so stark von Exporten abhängt, kann beim Wiederaufflammen des Protektionismus nur verlieren.

Rückfragen:

urs.naef@economiesuisse.ch

Impressum

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen
Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich
www.economiesuisse.ch